



Still not loving COPs

Es ist mal wieder soweit – ein „Klimagipfel“ ist angekündigt, diesmal in Paris Anfang Dezember 2015. NGOs und soziale Bewegungen sind dabei, Aktivitäten in Paris und an dezentralen Orten zu planen, während die Verhandler*innen eifrig verhandeln, um sich in Paris endlich auf ein Nachfolgeabkommen für das ausgelaufene Kyoto-Protokoll mit seinen Emissionsminderungsverpflichtungen zu einigen. Aber, Moment – hatten wir das nicht alles schon einmal?

Ja, hatten wir. In Kopenhagen 2009 zum Beispiel. Auch damals haben wir seitens des Arbeitsschwerpunkts gesellschaftliche Naturverhältnisse der BUKO (Gesnat) schon einen ähnlichen Text¹ geschrieben. Bestimmte Aspekte scheinen aber immer wieder in Vergessenheit zu geraten. Deswegen wollen wir in diesem Papier noch einmal aufzeigen, warum der Klimawandel nicht in erster Linie ein ökologisches Problem, sondern eng mit gesellschaftlichen Strukturen verwoben ist, wieso es sich für soziale Bewegungen lohnt, diesen Zusammenhang immer wieder zu betonen, anstatt den Klimawandel als Katastrophenszenario an die Wand zu malen, und wieso wir vom Klimagipfel in Paris aus sozial-ökologischer und internationalistischer Perspektive wenig Gutes erwarten und die Klimapolitik eher für ein Instrument der Aufrechterhaltung bestehender Ungleichheiten als einen Ort des Aufbruchs halten. Der Text will in die aktuelle Klimadebatte intervenieren und ein Anstoß dafür sein, uns bewusst zu machen, wo wir aufpassen müssen, Argumentationsstrukturen und Deutungsmuster nicht zu reproduzieren, die einer emanzipatorischen und sozialökologischen Transformation zuwiderlaufen.

Wir verwenden den Begriff der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“, um deutlich zu machen, dass „Natur“² nicht

losgelöst von gesellschaftlichen, polit-ökonomischen Verhältnissen betrachtet werden kann. Unser Blick auf „Natur“ ist ebenso gesellschaftlich geprägt wie die Nutzung von „Natur“ von ökonomischen Verhältnissen abhängig ist. „Natur“ ist also immer schon gesellschaftlich überformt. Änderungen in der Aneignung von und dem Zugriff auf „Natur“ können nicht ohne eine Veränderung von Eigentums- und Zugangsrechten, von Produktions-, Konsum-, Klassen- und Geschlechterverhältnissen erfolgen – und umgekehrt.

Nicht das Klima ist in der Krise, sondern die Gesellschaft!

Probleme existieren nicht losgelöst von ihrem sozialen und diskursiven Kontext. Nicht nur der Umgang mit ihnen und die Suche nach Lösungen sind Teil von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen; vielmehr sind bereits die Benennung eines Problems, die spezifische Problembeschreibung und Darstellungsweise sowie die verwendeten Begrifflichkeiten und Kategorien Resultate von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die in machtdurchdrungene Diskurse eingebettet sind. Welche Deutungsweise und welches Wissen sich letztendlich durchsetzen und hegemonial werden, ist somit weder automatisch noch trivial, sondern entscheidend für die Strukturierung einer Problemlage und die sich daraus ergebenden Logiken und Lösungsansätze.

Benennt man die Klimakrise als Umweltkrise und nicht als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, so kann sie als das Problem einer aus dem Gleichgewicht geratenen externen „Natur“ beschrieben werden, welches außerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse existiert. Benennt man den Klimawandel als zukünftig hereinbrechende „größte Bedrohung der Menschheit“, scheint für die Benennung und Bearbeitung eben dieser grundsätzlichen Problematiken keine Zeit zu sein. Auch besteht in dieser Erzählung die Gefahr, dass

¹ Vergesst Kopenhagen, die Katastrophe ist schon da (2009), http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/klima_document.pdf

² Trotz der Ablehnung einer dichotomen Trennung zwischen „Natur“ und Gesellschaft und der Vorstellung einer außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse und unabhängig von ihnen existierenden natürlichen Einheit, müssen materielle, nicht-menschliche Strukturen irgendwie benannt werden. Wir

haben uns dafür entschieden, „Natur“ in Anführungszeichen zu schreiben, um dadurch auf die nur scheinbare Natürlichkeit von „Natur“ aufmerksam zu machen und ihre soziale Produziertheit mit zu denken.

andere, momentan besonders im Globalen Süden sichtbare Symptome gesellschaftlicher Ungleichheit und industrieller Naturaneignung aus dem Blick geraten bzw. dem Klimawandel zugeschrieben werden.³

Beschreibt man Klimawandel als ein vornehmlich naturwissenschaftlich messbares Problem von zu hoher CO₂-Konzentration, dann erscheinen lediglich zu hohe Emissionswerte als problematisch, während die grundsätzliche Problematik der auf Gewinnmaximierung und auf die Ausbeutung von Mensch und „Natur“ ausgerichteten kapitalistischen Produktionsweise unbenannt bleiben. Es wird ein Bild von naturwissenschaftlich beschreibbaren Kausalzusammenhängen, die „nur“ wieder ins Gleichgewicht gebracht werden müssen, transportiert. So werden letztendlich nur Symptome und nicht die Ursachen bekämpft, denn diese Perspektive ignoriert die enge Verwobenheit von gesellschaftlichen und „materiellen“ Krisenursachen und -phänomenen. Dadurch werden verkürzte Lösungsansätze, deren einziger Fokus die Reduktion des menschlich verursachten Ausstoßes von Treibhausgasen ist, legitimiert. Gleichzeitig werden dringend notwendige Veränderungen zur Überwindung von globalen Ungleichheiten ausgeblendet. So kann der Verweis auf den Klimawandel als Ausrede dienen, gesellschaftliche Praktiken und Machtverhältnisse nicht zu hinterfragen.

Benennt man die Krise jedoch als Krise der bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse, dann können die dominanten Formen der Naturaneignung und die Logik der permanenten Mehrwertgewinnung innerhalb des kapitalis-

tischen Systems als grundlegende Ursachen der Naturzerstörung benannt werden. Dann können die Überfischung der Meere, die Abholzung des Regenwaldes, die Verschmutzung von Gewässern, Böden und Luft nicht länger als bedauernde Unfälle einer ansonsten Wohlstand schaffenden Produktionsweise, sondern als grundlegende Voraussetzung unserer Lebensweise verstanden werden, von der vor allem Menschen im Globalen Norden und die Mittel- und Oberschicht im Globalen Süden profitieren. Das bedeutet, dass nicht nur Treibhausgasemissionen und ihre Wirkung innerhalb eines vermeintlich nationalstaatlichen Kontextes in den Blick genommen werden müssen. Vielmehr muss es zwingend darum gehen, die sozialen Verhältnisse zu hinterfragen, welche eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Aneignung von „Natur“ (Großgrundbesitz, Monokulturanbau, Cash-Crop-Produktion, etc.) hervorbringen und Ursache der Naturzerstörung / des Klimawandels sind.

Eine Analyse der grundlegenden Bedingungen des Klimawandels macht deutlich, dass ein Festhalten an der Ideologie des Wirtschaftswachstums und der Idee der Entwicklung einer „grünen“ Variante des Kapitalismus an den grundlegenden Problemen nichts ändern kann. Der Zwang zur Profitmaximierung wird auch innerhalb eines grünen Kapitalismus notwendigerweise zu einer Ausweitung zerstörerischer Naturaneignung führen. Auch mit effizienteren Produktionsweisen werden die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufzulösen sein. Ein grüner Kapitalismus im Globalen Norden kann nur über die Auslagerung der dreckigeren Formen der Naturaneignung in den Globalen Süden funktionieren. Dies zeigt sich am Beispiel der Auslagerung dreckiger Industrien nach China, wodurch Deutschland und andere westliche Industrieländer ihre Emissionen schönrechnen können.

Der Klimawandel muss als Teil der mit unserem Gesellschaftsmodell verbundenen Probleme verstanden werden. Über eine solche Benennung wird die Klimakrise wieder „politisiert“ und Eigentums-, Macht- und Geschlechterverhält-

³ In Brasilien stellt die einfachste Antwort auf die aktuelle Wasserkrise der Verweis auf den Klimawandel und somit auf eine globale Verantwortung dar. Dadurch werden die konkreten gesellschaftlichen Ursachen der Krise (Abholzung des Regenwaldes und des Cerrados, desaströses Wassermanagement, marode Infrastrukturen, horrender Wasserverbrauch des Agrobusiness) tendenziell zum Verschwinden gebracht (vgl. <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/von-fliegenden-fluessen-umgestuelpen-waeldern-und-der-trockenen-stadt>).



nisse können im Zusammenhang mit der Klimakrise gedacht werden. Dadurch werden Möglichkeiten für eine grundlegende Transformation, die über eine bloße Symptombekämpfung hinausgeht, eröffnet. Die herrschende Klimapolitik ist allerdings von einer Benennung des Kapitalismus als Ursache des Klimawandels weit entfernt.

Wer glaubt noch an den Weihnachtsmann?

Die internationalen Klimaverhandlungen basieren auf einer mehr oder weniger bewussten Aufrechterhaltung einer Illusion. Mit jeder neuen Pressemeldung oder Talkrunde und mit jedem neuen Klimagipfel werden diskursive Räume geschaffen, die uns versichern sollen, dass das Problem „Klimawandel“ ernst genommen wird und unter Einbindung aller vorhandenen Expertise nach adäquaten Gegenstrategien gesucht wird. Doch über solche Verhandlungen werden vor allem diejenigen Ansätze legitimiert, die aus der Klimakrise ein Problem machen, das - wie etwa die Finanz- und Immobilienkrise - von sogenannten Expert*innen nur „richtig“ gemanaget werden muss. So wird der Eindruck vermittelt, als ob das Ziel, den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, bei der richtigen politischen Steuerung im bestehenden Wirtschaftsmodell möglich wäre.

Aber selbst wer glaubt, dass internationale Klimaverhandlungen grundsätzlich geeignet sind, Wege aus der Klimakrise zu finden, kann von den real stattfindenden Verhandlungen kaum etwas erwarten: Hier findet eine „Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners“ statt. Selbstverpflichtungen und freiwillige Maßnahmen sind inzwischen das Credo nationaler wie internationaler Klimaverhandlungen geworden. Was bei Handelsabkommen selbstverständlicher Bestandteil ist – gemeinsam ausgehandelte, kontrollier- und durchsetzbare Verpflichtungen – erscheint in Bezug auf das Klima unmöglich. Es bleibt den Vertragsparteien überlassen, was sie als klimapolitischen Beitrag leisten wollen und in ihre selbstdefinierten Verpflichtungen (in der Sprache der internationalen Klimaverhandlungen so genannte Intended Nationally

Determined Contributions, INDCs) aufnehmen.⁴ Die fehlende Bereitschaft der Staaten zu wirklich weitreichenden Maßnahmen zeigte sich bereits unter dem Kyoto-Protokoll. In dem Protokoll wurde das Basisjahr 1990 für die Berechnungen der Verpflichtungen zur Emissionsminderung so gewählt, dass es für die EU und osteuropäische Staaten einfach war, diese nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft des Ostblocks einzuhalten.

Die Schaltstellen, an denen klimapolitische Entscheidungen getroffen werden, sind stark von Nord-Süd geprägten Machtgefällen durchzogen.⁵ So haben eben jene Regionen, welche von den bereits erkennbaren Effekten des Klimawandels am stärksten getroffen werden und historisch am wenigsten dazu beigetragen haben, auf dessen politische Bearbeitung am wenigsten Einfluss.

In der hegemonialen Erzählung der UN-Verhandlungen werden Wirtschaftszweige und Unternehmen, die massiv zum Klimawandel beitragen, als Teil der Lösung angesehen und nicht als Teil des Problems. Vielmehr haben viele Unternehmen den Klimawandel und den Diskurs darüber als lukrative Einnahmequelle erkannt und erschließen sich im Zusammenhang damit immer neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation.

Dabei sind die Klimaverhandlungen wesentlich inklusiver und partizipatorischer als ein Großteil der internationalen politischen Verhandlungen (TTIP, WTO, G7). Die Teilnahme von NGOs an den Klimagipfeln ist jedoch widersprüchlich. Einerseits können sie durch ihre Teilnahme möglicherweise Schlimmeres verhindern. Andererseits tragen sie zu dem

4 Da sich die an den internationalen Klimaverhandlungen beteiligten Staaten nach Ende des Zeitraums, in dem laut Kyoto-Protokoll bestimmte prozentuale Emissionsminderungen zu erreichen waren, nicht auf solche Emissionsminderungen für die Zukunft einigen konnten, wurden die INDCs eingeführt. Staaten können hier unterschiedliche klimapolitische Maßnahmen benennen, zu denen sie sich für die Zukunft verpflichten.

5 So sind beispielsweise größere und reichere Länder regelmäßig mit deutlich größeren Delegationen auf den Klimagipfeln vertreten als kleinere, vgl. Heike Schroeder, Maxwell T. Boykoff und Laura Spiers, *Equity and state representations in climate negotiations*, *Nature Climate Change*, 2012, http://sciencepolicy.colorado.edu/admin/publication_files/2012.28.pdf

hegemonialen Konsens bei und verstärken durch ihre Öffentlichkeitsarbeit den öffentlichen „Gipfel-Hype“. Wenn am Ende enttäuschende Nicht-Entschlüsse und nicht-verbindliche Erklärungen als Erfolge verkauft werden, dann legitimiert die breite Teilnahme der Zivilgesellschaft die Klimaverhandlungen. Alternativen werden nicht mehr als Kritik, sondern als zusätzliche Möglichkeiten verhandelt.

Selbst nichtssagende Absichtserklärungen, wie sie kürzlich auf dem G7-Gipfel in Elmau verkündet wurden, wurden von vielen NGOs nicht als Nebelkerzen entlarvt, sondern als wichtige Schritte auf dem richtigen Weg abgefeiert. Somit bewirkt die aktive Teilnahme und Begleitung in erster Linie eine Stabilisierung und Legitimierung der dominanten Problembeschreibung und -bearbeitung, anstatt ihr Versagen und ihre herrschaftslegitimierende Funktion aufzudecken.

Der Markt wird das schon regeln!

Durch die Einführung von Marktmechanismen als zentrale Instrumente der herrschenden Klimapolitik werden Verschmutzungsrechte an finanzielle Ressourcen anstatt an absolute Grenzwerte gekoppelt.⁶ Mit dem Clean Development Mechanism (CDM) ist es Unternehmen aus den Industriestaaten möglich, Projekte zur Treibhausgasreduktion im Globalen Süden zu finanzieren und sich diese Reduktion als eigene anrechnen zu lassen. Anstatt CO₂-Emissionen in den Verursacherländern zu vermeiden, erfolgt die Vermeidung in Ländern, in denen sie wenig kostet. Unliebsame Reduktionsmaßnahmen werden somit von Nord nach Süd verlagert und damit (neo)koloniale Strukturen etabliert und aufrecht erhalten.

Dadurch findet eine Übertragung der kapitalistischen Marktlogik auf die Nutzung von „Natur“ statt und es wird eine Perspektive gefördert, bei der „Natur“ nur aufgrund ihres bezifferbaren monetären Wertes schützenswert erscheint. Bis jetzt wurden über den Emissionshandel vor allem neue Märkte und Anlagemöglichkeiten geschaffen. Emissionshandel, Solarboom und Steigerungen der Energieeffizienz mögen sich zwar in der globalen CO₂-Kurve bemerkbar gemacht haben, haben aber anders als Wirtschaftskrisen zu keiner Trendumkehr des Anstiegs von Emissionen geführt. Größere Veränderungen in der CO₂-Kurve sind historisch eher Folge

von Wirtschaftskrisen gewesen, wie 1990 oder zuletzt im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009.

Darüber hinaus wird in der herrschenden Problembeschreibung die Klimakrise auf den Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre reduziert. Dadurch erscheinen jegliche Technologien, die eine Reduktion des atmosphärischen CO₂-Gehaltes versprechen, als begrüßenswert – und seien sie noch so unausgegoren und waghalsig (z. B. Solar Radiation Management, CCS). Der Glaube an (zukünftige) Innovationen verhindert jedoch dringend notwendige gesellschaftliche Veränderungen und Problemlösungen. Zudem werden die negativen Auswirkungen neuer Technologien nicht (oder zu wenig) thematisiert.⁷ Teilweise sind die Auswirkungen technischer Lösungen auch schlicht nicht vorhersehbar. Strukturelle Transformationen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen über unterschiedliche Produktions- und Lebensweisen werden durch ein entpolitisiertes technisches Management mit dem Ziel ökologischer Modernisierung marginalisiert.

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Klimaschutz schweigen ...

Die etablierten NGOs schlagen ganz unterschiedliche Lösungsansätze vor. Vielen gemeinsam ist jedoch eine verkürzte Form der Kapitalismuskritik, die nicht selten mit dem Wunsch zusammenhängt, Menschen über vergleichsweise einfache und zugängliche Erzählungen für den Klimawandel zu sensibilisieren. Dazu gehört auch die Kritik an einzelnen Regierungen oder Konzernen bzw. die Trennung in gute und böse Unternehmen.

Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass die strukturellen Bedingungen, unter denen Konzerne innerhalb des kapitalistischen Systems agieren, und die Austauschbarkeit einzelner Unternehmen aus dem Blick geraten. Eine Gefahr der Verkürzung liegt beispielsweise in dem aktuellen Bestreben von Teilen der Klimabewegung, sich vor Paris auf die sogenannten „Corporate Climate Criminals“ zu konzentrieren. Ohne Frage

⁶ Wer jenseits seines staatlich zugewiesenen Emissionslimits Treibhausgase emittiert, kann dies tun, wenn dafür ein Zertifikat vorgewiesen werden kann, das von anderen Marktteilnehmer*innen erworben wurde, die weniger als erlaubt emittiert haben.

⁷ Ein Beispiel hierfür ist das Solar Radiation Management: Es ist eine Form von Geo-Engineering bei der künstlich Partikel der Atmosphäre zugeführt werden, um Sonnenstrahlen zu reflektieren und dadurch Wärmeeinstrahlung zu verringern. Computermodelle prognostizieren enorme Rückgänge von Regenfällen für Sub-Sahara Afrika und Teile Asiens mit massiven Produktivitätsrückgängen, während die Auswirkungen in der nördlichen Hemisphäre gering wären, vgl. Naomi Klein, 2014, *This Changes Everything*, S. 270.

wird dabei richtigerweise benannt, dass bspw. Öl-Unternehmen immense Profite durch ihre klimazerstörerischen Aktivitäten erzielt haben⁸ und auch durch Lobbypolitik Einfluss auf die Klimaverhandlungen nehmen. Kritisch ist es jedoch, wenn der Eindruck erweckt wird, dass der Klimawandel vorrangig die „Schuld“ dieser Unternehmen sei. Denn letztendlich erfüllen diese lediglich ihre dreckige Rolle in der globalen Marktwirtschaft, von der vor allem wir im Globalen Norden profitieren. Unser derzeitiges Produktions- und Konsummodell basiert auf fossiler Energie, Expansion und Ausbeutung; dies trifft nicht nur auf die großen Öl- und Kohlekonzerne zu. Eine Personifizierung von Konzernleitungen als „Klimakriminelle“ ohne weitergehende Gesellschaftsanalyse ist eine verkürzte Kritik der Klimapolitik.

Gleichzeitig wird von staatlicher und NGO-Seite ökologisches Konsumverhalten gepaart mit grünen Technologien (z. B. Energiesparlampen, Ökostrom) propagiert. Das ist nicht ganz falsch, denn unsere Alltagspraxis verharrt in weiten Teilen in etablierten Mustern. Somit ist es wichtig, eigene Verstrickungen in gesellschaftliche Strukturen zu reflektieren. Das trifft auf geschlechterdifferenzierte und rassistische Herrschaftsverhältnisse ebenso zu wie auf sozial-ökologische. Über Konsumententscheidungen nachzudenken und diese zu thematisieren, ist also richtig. Und Bio-Produkte zu kaufen ist nicht falsch.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die bestehenden sozial-ökologischen Missstände allein auf individuelles Konsumverhalten zurück zu führen und durch solches individuelle Verhalten veränderbar sind. Denn es existieren strukturelle, politische, soziale und ökonomische Mechanismen, die bestimmte individuelle Verhaltensweisen fördern und andere systematisch eindämmen oder verunmöglichen. Wer beispielsweise in einer Gegend ohne öffentlichen Nahverkehr wohnt, und für eine Familie einkaufen oder zum Arzt muss, hat nicht viel Wahl, als das Auto zu benutzen. Dieses Verhältnis zwischen individuellem Entscheiden einerseits und strukturellen Bedingungen andererseits lässt sich mit dem Begriff der imperialen Lebensweise beschreiben.

Die Idee gesellschaftlicher Veränderungen, die grundlegend sind und gleichzeitig niemandem weh tun, bleibt ein Traum der LOHAS⁹. Nur über Hybrid-Autos und Bio-Super-

märkte, die mit grundlegenden kapitalistischen Mustern nicht brechen, wird keine radikale Transformation hin zu anderen gesellschaftlichen Naturverhältnissen möglich sein. Mit auf individuelle Verhaltensänderungen abzielenden Kampagnen wird die Lösung der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse individualisiert und radikale Transformationen hin zu grundsätzlich anderen Produktions- und Mobilitätsmodellen werden ins Utopische gerückt.

.... und auch Katastrophenerzählungen helfen nicht weiter

Auch innerhalb der kritischen Umweltbewegung gehen die Ansichten darüber, welche Art der Erzählung über den Klimawandel die richtige ist, auseinander. Dabei liegen die Unterschiede weniger bei der Analyse des Klimawandels als Ausdruck grundlegend zerstörerischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse, sondern vielmehr bei der Frage nach der strategischen Ausrichtung diskursiver Interventionen. Um öffentliches Interesse zu wecken, Zugang zu (Mainstream) Medien und Geldtöpfen zu finden, wird die zukünftige Katastrophe in drastischen Bildern und angsteinflößenden Szenarien dargestellt werden. Da die Zeit drängt, brauche es ein Bedrohungsszenario, um Handlungsdruck zu erzeugen. In dieser Logik sollte zum Beispiel das nächste Hochwasser dazu genutzt werden, um die drohenden Gefahren des Klimawandels in Szene zu setzen – auch wenn sich die dahinter liegenden Kausalzusammenhänge um einiges vielschichtiger darstellen. Die Herausforderung einer drohenden Katastrophe soll die Dringlichkeit der Bearbeitung der Klimakrise verdeutlichen. Doch es ist fraglich, ob eine solche „Politik der Angst“ für einen emanzipatorischen Umgang mit dem Klimawandel hilfreich ist. So zeigt sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen und Diskursen, dass ein Rekurs auf Angst eher zu einer Ausweitung staatlicher Befugnisse und repressiver Politiken und einer Generallegitimation jeglicher Projekte im Namen der Sicherheit führt.

Erzeugt werden soll das Gefühl, dass nur wenn sofort gehandelt wird, die unmittelbar drohende Katastrophe vielleicht noch abgewendet werden kann. Und dann sind (fast) alle Lösungen recht. Dadurch werden vergleichsweise schnell umsetzbare herrschaftsförmige Ansätze (top-down, technische Verfahren, Marktmechanismen, von Unternehmen gesteuerte Prozesse) eher gefördert als emanzipatorische (Teilhabe, Demokratisierungs- und Aushandlungsprozesse, Selbstbestimmung, Dezentralisierung etc.). Für eine radikale Kapitalismuskritik, eine Analyse der tiefliegenden Ursache der katastrophalen gesellschaftlichen Naturverhältnisse und

⁸ Ein Großteil der fossilen Reserven ist weltweit im Besitz von 90 Unternehmen, die wiederum für 65% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, <http://carbonmajors.org>

⁹ Mit dem Begriff werden Personen bezeichnet, deren Lebensstil von Gesundheitsbewusstsein und Prinzipien der Nachhaltigkeit (Lifestyles Of Health And Sustainability) geprägt ist

für sozial-ökologische Transformationsprozesse scheint dabei keine Zeit mehr zu sein.

Ähnliches gilt auch hinsichtlich der Betonung der Zukünftigkeit der Katastrophe. In Anbetracht der in Zukunft drohenden Katastrophe erscheinen die aktuellen krisenhaften und ausbeuterischen Naturverhältnisse als relativ besser und damit sogar als relativ akzeptabel. Darin spiegelt sich auch der grundlegend eurozentrische Charakter der Klimadebatte wider. Durch den Fokus auf die zukünftige Katastrophe werden die bereits heute schon bestehenden und erlebten Katastrophen im Globalen Süden (Zerstörung von Lebensräumen und -grundlagen, Hunger-, Hochwasser- und Dürrekatastrophen, etc.) ausgeblendet oder zumindest relativiert.

Über die Ausrichtung der Klimaerzählung und den strategischen Einsatz von Katastrophenszenarien zu reflektieren bedeutet nicht, die katastrophalen Auswirkungen der bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse verharmlosen zu wollen. Diese haben ohne jeden Zweifel katastrophale Auswirkungen. Vielmehr geht es um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Funktionsweise des hegemonialen Klimadiskurses und der eigenen Rolle darin. Wird durch einen Katastrophendiskurs die Notwendigkeit tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen offensichtlich? Oder werden über einen solchen Katastrophismus emanzipatorische Ansätze eher aus dem Diskurs ausgeschlossen?

Was stattdessen? Transformation!

Weiter oben haben wir erklärt, warum es aus unserer Sicht problematisch ist, den Klimawandel als alleiniges Problem zu hoher Treibhausgasemissionen zu sehen. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass deutliche Reduktionen von Treibhausgasemissionen im globalen Maßstab bisher vor allem durch Ereignisse wie wirtschaftliche Krisen oder den Umbruch im ehemaligen Ostblock erreicht wurden. Müssen wir uns dann auch weitere Wirtschaftskrisen oder einen großen Vulkanausbruch wünschen,¹⁰ wenn wir das Ziel einer Verringerung der CO₂ Emissionen ernst nehmen? Da Wirtschaftskrisen und Vulkanausbrüche oft massive negative Folgen für viele Menschen haben, kann dies nicht das Ziel einer emanzipatorischen Bewegung sein. Außerdem sind unsere Fähigkeiten, Vulkanausbrüche herbei zu führen, glücklicherweise ohnehin begrenzt. Wir brauchen also etwas anderes als Vulkanausbrüche und mehr als nur Bio-Gemüse: eine fundamentalere gesellschaftliche Transformation.

Eine solche Transformation wird massive Einschnitte in unser Konsummodell und unsere Lebensstile bedeuten; es wird also bei solchen Prozesse nicht nur Gewinner*innen geben. Dennoch braucht eine solche Transformation nicht im Widerspruch zu einem guten Leben („Buen Vivir“) für alle zu stehen. Wir bestehen dabei darauf, dass die Transformation eine sozial-ökologische sein muss, weil die Geschichte und Erfahrungen an anderen Orten dieser Welt zeigen, dass auch in sozialer Hinsicht progressivere Akteure (wie z. B. derzeit einige lateinamerikanische Regierungen) auf Strategien der Aneignung der „Natur“ setzen, die eine Reihe von Herrschaftsprozessen nach sich ziehen und Menschen die Souveränität über die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Naturverhältnisse nehmen. Und auch in den so genannten realsozialistischen Gesellschaften gab bzw. gibt es Atomkraftwerke, Mega-Staudämme und Smog. Auch in einem stärker sozial-ökologischen organisierten Gesellschaftssystem werden wir Menschen dabei darauf angewiesen bleiben, „Natur“ zu nutzen und sie uns anzueignen. Die Frage ist jedoch wie stark herrschaftsförmig gesellschaftliche Verhältnisse ausgestaltet sind. Hinter einer industriellen Agrarplantage stehen ein anderer Zugriff auf „Natur“ und eine andere Ausgestaltung gesellschaftlicher Beziehungen als bei einer ökologisch wirtschaftenden Kleinbäuer*innenfamilie. Ähnliche Unterschiede gibt es zwischen einem Atomkraftwerk und einem Windpark in kommunaler Verwaltung.

Angesichts steigender Ungleichheiten wie z. B. knapp 800 Millionen Menschen ohne ausreichendes Essen¹¹ und sich im Angesicht von Wirtschaftskrisen ausbreitender Armut ist ein Systemwechsel längst überfällig. Eine breite sozial-ökologische Transformation böte nicht nur Antworten auf die Klimakrise, sondern auch auf soziale Ungleichheiten. Also: wie kann die Energiewende gelingen und wie können Industrien und Regionen im Globalen Norden umgebaut oder abgewickelt werden, ohne dass dies auf Kosten der Arbeitenden stattfindet? Wie können Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen erfüllt werden, ohne massive Nutzung von umweltschädlichen Transportmitteln wie Flugzeugen oder Ausbau des Individualverkehrs? Wie können genügend gute Lebensmittel für alle Menschen produziert werden, ohne die Zerstörung von Natur- und Lebensräumen durch die Agrarlandwirtschaft?

Wir haben keine fertigen Antworten auf alle diese Fragen. Wir meinen, dass wir solche fertigen Antworten auch nicht haben brauchen oder sollten: Gesellschaftsentwürfe sollten nicht von wenigen vorgegeben, sondern gemeinschaftlich entwickelt werden. Und auch den gegenwärtigen kapitalistischen Normalwahnsinn haben seine Anhänger*innen nicht

¹⁰ Große Vulkanausbrüche wie der des Laki auf Island haben in der Erdgeschichte teils über Jahre die globale Temperatur abgesenkt.

¹¹ Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) aus dem Jahr 2015, <http://www.fao.org/hunger/key-messages/en/>

irgendwann in der Vergangenheit im Detail geplant, sondern er ist Ergebnis historischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Gleichzeitig braucht es für eine sozial-ökologische Transformation gesellschaftliche Verständigungsprozesse und -kämpfe und mit diesen sollten und wollen wir sofort anfangen. Richtungsweisend für politisches Handeln könnten aus unserer Sicht die folgenden Elemente sein:

» Eine weitreichende sozial-ökologische Transformation muss sowohl die ungleichen Verhältnisse zwischen dem Globalen Süden und Norden als auch die ungleichen Verhältnissen innerhalb des Globalen Nordens und Globalen Südens berücksichtigen: auch hierzulande sitzen nicht alle im Luxusdampfer. Wer sich welche Lebensmittel, Mobilität oder andere Konsumgewohnheiten leisten kann oder will, entscheidet sich auch entlang von Klassenlinien.

» Alle Ansätze, „Natur“ als Ware zu behandeln, neue Märkte wie den Emissionshandel oder Eigentumsrechte an Ressourcen (wie z.B. Patente auf genetische Ressourcen) zu schaffen und über „Natur“ in markt-orientierten Begrifflichkeiten („Dienstleistungen“) zu sprechen, müssen zurückgedrängt statt gestärkt werden. Nicht-marktwirtschaftlich organisierte Formen der Naturnutzung (wie z. B. Subsistenzlandwirtschaft und solidarische Landwirtschaft) müssen ebenso erhalten und gestärkt werden wie stärker demokratisch organisierte Formen des sozial-ökologischen Zugriffs auf „Natur“ (z. B. dezentrale Strukturen der Energieversorgung).

» Zur Demokratisierung gesellschaftlichen Naturverhältnisse gehört, dass die von bestimmten Formen der Naturnutzung (wie z. B. Bergbau, Staudämme, Monokulturen) besonders Betroffenen in erster Linie darüber entscheiden können, ob und wie diese stattfindet.

» Ansätze, bei denen Lösungen für ökologische oder soziale Probleme primär technischer „Natur“ sind, sind kritisch zu hinterfragen. Technologische Effizienzsteigerungen sind nicht falsch. Darüber allein werden aber grundlegende gesellschaftliche Strukturen nicht verändert – jedoch sind strukturelle Veränderungen diejenigen, auf die es ankommt. Ganz im Gegenteil kann ein primär technologie-orientierter Lösungsdiskurs solche Veränderungen gerade verhindern, nach dem Motto „Die Effizienzrevolution wird es schon richten“.

» Fossile Energieträger müssen im Boden bleiben.

» Ein ernsthaftes Nachdenken über die Konversion oder Abwicklung bestimmter Industriezweige – beispielsweise der Automobil- und Rüstungsindustrie – gemeinsam mit den dort Arbeitenden und gewerkschaftlichen Akteur*innen – ist unerlässlich.

» Gesellschaftliche Transformation wird nicht möglich sein, ohne dass wir unser Verständnis und unsere Art zu arbeiten ändern – weg von bezahlter Vollzeitlohnarbeit, dafür mehr Zeit für andere Formen der Existenzsicherung, mit Zeit für Care-Arbeit und gesellschaftliche Arbeit, Reparieren, do-it-yourself, Subsistenzansätze etc. Wir müssen ein anderes Verständnis vom „guten Leben“ etablieren, in dem Lebensqualität nicht über „Viel haben“, Karriere, Fernreisen übers Wochenende oder ähnliches definiert ist, sondern über soziale Beziehungen, sinnvolle Arbeit und gesellschaftliche Partizipation bei gleichzeitiger Erfüllung materieller Grundbedürfnisse. Dies kann nicht nur die zeitlichen und sozialen Spielräume vergrößern, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, sondern auch durch eine Verschiebung von gesellschaftlichen Werten Triebkräfte des Kapitalismus wie Konsum- und Wachstumszwang entschärfen.



» Weltweit gibt es bereits zahlreiche Kämpfe, die wir hier im Globalen Norden manchmal vermissen – den Widerstand gegen Bergbau, die Kämpfe von Kleinbäuer*innen für Landrechte und Ernährungssouveränität, gegen Handelsabkommen, Staudämme und Mega-Projekte. Es geht daher auch darum, solche Kämpfe zu stärken und Räume zu schaffen, in denen Bewegungen ihre Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können.

Mit dem Bestehenden brechen

Um die notwendigen sozial-ökologischen Transformationsprozesse einzuleiten, werden in sozialen Bewegungen unterschiedliche Strategien diskutiert: Manchen ist eine klare Systemkonfrontation wichtig. Andere gehen strategischer vor: Sie versuchen, breite Bündnisse aufzustellen, in die Mehrheitsgesellschaft zu wirken und dort Aspekte der eigenen politischen Vorstellungen unterzubringen, um Kräfteverhältnisse zu verschieben. In der gegenwärtigen Situation brauchen wir vermutlich beide Strategien. Wenn wir die Analyse der bestehenden (Natur)Verhältnisse ernst nehmen und die Herausforderung, einen radikalen Wandel anzugehen, nicht länger anderen überlassen wollen, dann brauchen wir sowohl eine fundierte Kritik an den bestehenden Verhältnissen und eine positive Utopie eines gesellschaftlichen Wandels als auch breite Bündnisse für konkrete Schritte der Umsetzung. Somit besteht die Aufgabe u.a. darin, verschiedene Bewegungen und Kämpfe in Dialog zu bringen, Unterschiede und Widersprüche klar zu stellen, teilweise auszuhalten, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, gemeinsame Ziele zu formulieren und Aktionen zu koordinieren. Neben der Klimagerechtigkeits- und Arbeiter*innenbewegung (einschließlich der etablierten Gewerkschaften) sollten auch Gruppierungen, die gegen Marginalisierung, Ausschluss und Rassismus kämpfen (Migrant*innenbewegungen, Arbeitslosenbewegungen etc.) und internationalistische Gruppierungen (wie sie etwa im BUKO vernetzt sind) zentrale Akteure einer gemeinsamen Strategie sein. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt. Breite soziale Bewegungen können Akzente setzen, radikalisierten und Kräfteverhältnisse ein Stück weit verschieben.

Vielleicht wird es sozialen Bewegungen auch nicht gelingen, die längst überfälligen Transformationsprozesse selbst anzustoßen. Historisch haben sich aber immer wieder Situationen ergeben, in denen Brüche im Bestehenden auftauchen und sich Fenster für radikale Veränderungen ergeben. In solchen Momenten braucht es eine Bewegung, die bereit ist, die kapitalistischen Strukturen in den Blick zu nehmen und nicht

in der Hoffnung auf politische Lösungen „von oben“ verharret. Klar ist, dass das Kyoto- und dessen Folgeprotokoll(e) nicht geeignet sind, den von Menschen verursachten Klimawandel oder die täglichen Katastrophen zu verringern. Der Gipfel in Paris kann somit auch nicht der Ort für Veränderungen sein. Aufgrund der vorgegebenen Rahmenbedingungen und der vorgefertigten Denk- und Sprechweise über den Klimawandel, wird eine radikale Kritik am Bestehenden dort nur schwer artikulierbar sein. Jenseits der Bezugnahme auf die Verhandlungen und das Hoffen auf möglichst positive Vereinbarungen kann Paris höchstens ein Ort für Vernetzungen und Austausch und die Organisation zukünftiger Transformationen sein.

Anstatt auf die Verhandlungen in Paris zu schielen, müssen wir verstärkt die falschen und systemstabilisierenden Lösungsansätze benennen (marktorientierte Mechanismen, technologiedominierte Ansätze) und bewegungsübergreifend über wirkliche Alternativen diskutieren.

Dafür ist es nach wie vor nötig und wichtig, die Wahrnehmung des Klimawandels als Umweltproblem zu brechen und ihn klar und deutlich als eines der Symptome des Kapitalismus zu benennen. Es geht nicht um die Bekämpfung des Klimawandels mit allen zur Verfügung stehenden, ingenieurstechnischen Mitteln, sondern um eine radikale Transformation der Organisation von Produktions- und Lebensverhältnissen auf regionaler und globaler Ebene. Somit ist die Beschäftigung mit dem Klimawandel und den darin aufscheinenden gesellschaftlichen Naturverhältnissen kein ökologisches Randthema, das aus emanzipatorischer Perspektive eben auch noch behandelt werden sollte. Vielmehr zeigt sich darin der grundlegende Widerspruch der kapitalistisch durchdrungenen Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit einer tiefgehenden Neuordnung. Und genau hier könnten Ansatzpunkte für Veränderungen sein.

Wir freuen uns über Kommentare, Anregungen und Kritik.
Email Adresse: gesnat@buko.info

*Buko Arbeitsschwerpunkt
Gesellschaftliche Naturverhältnisse*

